und Kärrner im Kaiserreich. Berlin u. a. 1988; *Francis L. Carsten:* August Bebel und die Organisation der Massen. Berlin 1991.

[2] Zitat bei *Brigitte Brandt:* Einleitung zu *August Bebel:* Aus meinem Leben. Ungekürzte Ausgabe. Berlin 1986. S. XVI.

[3] Der erste Band erschien 1910, der zweite 1911 und der dritte 1914.

[4] Die Zitate entstammen der in Anm. 2 genannten Taschenbuchausgabe S. 30 f.

Anschrift des Verfassers:
Prof. Dr. Wilhelm Liebhart, Hohenrieder Weg 20, 8064 Altomünster

Die Entwicklung zur nationalsozialistischen Machtübernahme in Dachau und ihre Ursachen

Von Dr. Gerhard Hanke

Alle Erscheinungen im Leben der Menschen haben ihre Entwicklungen und Ursachen. Normalerweise verläuft die Entwicklung des regionalen Lebens nach eigenen Regeln relativ stetig und wird nur durch von außen kommende Einflüsse in neue Bahnen gelenkt. So war das Leben der Dachauer zur Zeit ihrer jahrhundertelangen bürgerlichen Selbstverwaltung bis 1806 durch immer wiederkehrende Kriege beeinträchtigt worden. Auch die Beseitigung der alten bürgerlichen Selbstverwaltung im Jahre 1806 kam von außen, durch die Reformen Montgelas. Um die Gegebenheiten im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Dachau begreifen zu können, müssen wir deshalb die Entwicklungen seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg untersuchen und dabei die jeweiligen Erscheinungen aus dem Selbstverständnis der Menschen der entsprechenden Zeit heraus zu verstehen suchen.

Dachau im 19. Jahrhundert

Der Markt Dachau war bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus als Verwaltungszentrum und Nahversorgungsmarkt eine Siedlung, in der selbständige Handwerker und sonstige Gewerbetreibende überwogen und die unselbständigen Taglöhner eine unbedeutende Minderheit darstellten. In steigendem Maße zogen auch Austrägler aus den Landgemeinden nach Dachau, die hier im kleinstädtischen Umfeld ihren Lebensabend verbrachten.

An dieser Gesellschaftsstruktur änderte sich nur wenig, nachdem Johann Paun aus Neresheim an der Stelle der Fourniersäge des Kistlers Willibald Ruf im Jahre 1840 in der heutigen Brunngartenstraße eine Papiermühle gegründet hatte[1], die 1859 der Papierfabrikant Gustav Medikus erwarb. Als aber die München-Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation im Jahre 1871 die alte Steinmühle gekauft hatte und hier 1874 eine zweite Papierfabrik errichtete, die laufend erweitert wurde, veränderte sich die Gesellschaftsstruktur Dachaus in eine überwiegende Arbeitergemeinde. Die Errichtung und der laufende Ausbau der Papierfabrik schufen neue Arbeitsplätze, die eine Vielzahl von Fachkräften und Fabrikarbeitern nach Dachau lockten. Deren Versorgung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen für das tägliche Leben förderte, in dieser Zeit der Gewerbefreiheit, die Ansiedlung von weiteren Gewerbetreibenden. Und schließlich setzte auch eine rege Wohnungsbautätigkeit ein. So stieg die Bevölkerung Dachaus von 2166 Einwohner im Jahre 1871 auf 5764 Einwohner im Jahre 1910.

Dachau wird Künstlerkolonie

Nachdem bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Dachauer Moos von den Freilichtmalern entdeckt worden war, zogen nun in steigendem Maße Münchner Künstler nach Dachau. Ab den 1880er Jahren entstand hier eine Künstlerkolonie, die bald internationalen Ruf erlangte und ab 1890 in wachsendem Umfang Maler aus aller Welt nach Dachau lockte. Die in Dachau gegründeten Malschulen zogen darüber hinaus Hunderte von Malschülern und Malschülerinnen an, wobei das Jahr 1911 mit 193 Anmeldungen von sich längerfristig in Dachau aufhaltenden Künstlern den Höhepunkt bildete. Dachau war in diesen Jahren eines der bedeutendsten Zentren der europäischen Malerei, so daß Malerinnen und Maler aus nah und fern – bis aus den USA, England, Rußland, den baltischen Ländern, Ungarn und Rumänien – auf ihren Studienreisen nicht versäumten, sich auch in Dachau einige Zeit von der hier gepflegten modernen Malerei anregen zu lassen[2]. Obwohl sich diese Künstler bald nicht mehr ausschließlich der Landschaftsmalerei widmeten, wurde das in Dachau nun überwiegende Arbeitermilieu von den Malern nur in Ausnahmefällen als Motiv gewählt. Dies mag seine Ursache darin gehabt haben, daß es in Dachau damals noch keine geschlossenen Arbeitersiedlungen gab. Die Beschäftigten der Papierfabrik wohnten entweder zur Miete in den alten Bürgerhäusern oder bauten sich am Rande des alten Zentrums, im Norden oder im Bahnhofsviertel Häuschen, wobei die Vermietung von Zimmern an Künstler und sonstige Besucher ein gutes Zubrot zur Abzahlung der Baukosten bot. Diese Vermieter unterschieden sich für Außenstehende kaum von der ebenfalls recht bescheiden lebenden alteinheimischen Bevölkerung und fühlten sich auch selbst nicht als Proletarier. So hatten auch Beschäftigte der Papierfabrik vielfach materiellen Nutzen von der Bedeutung Dachaus als international bekannte Künstlerkolonie und vermochten sich hier gut zu integrieren. Dazu kam, daß sich die Dachauer Bevölkerung seit jeher Fremden gegenüber aufgeschlossen zeigte, war es doch schon seit Jahrhunderten üblich, daß Fremde in Dachauer Handwerksbetriebe einheirateten und auf diese Weise so schnell integriert wurden, daß sie oft bereits nach wenigen Jahren in den Rat des Marktes gewählt wurden. Diese Aufgeschlossenheit gegenüber Fremden war schließlich auch eine Voraussetzung dafür, daß Dachau Künstler aus aller Welt anzog und sich diese hier wohlfühlten. Diese Grundeinstellung »der Dachauer« brachte dann später den Nationalsozialisten vielfältige Probleme.

Auswirkungen des Ersten Weltkrieges

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ging eine Epoche zu Ende. Die internationalen Besuche fanden ihr Ende. Zahlreiche in Dachau anwesende Künstler erreichte hier der Gestellungsbefehl zum Militär. Zahlreichen Hausbesitzern fehlten jetzt auch die nötigen Nebeneinnahmen aus der Vermietung von Zimmern. Mit fortschreitendem Krieg verschlechterte sich nicht nur die Lebensmittel- und Gebrauchsgüterversorgung, sondern kam auf die Bewohner auch vielfältiges persönliches Leid zu. Die Einberufungen zum Militär ließen zunächst eine Arbeitskräfteknappheit eintreten, bald aber auch großen Schmerz der Familien durch die an der Front Gefallenen.

Die bereits 1915 in der Gemarkung der Gemeinde Prittlbach südlich der Amper von der Heeresleitung errichtete Pulverfabrik brachte dann nicht nur neue vielfältige Probleme für die Marktgemeinde Dachau, sondern bot auch die Basis dafür, daß hier kaum 18 Jahre später ein Konzentrationslager der Nationalsozialisten errichtet werden konnte, das tausenden Menschen neues Leid zufügte.

Weil durch die Einberufungen junger Dachauer an die zahlreichen Fronten hier bereits ein Arbeitskräftemangel bestand, mußte man als Arbeitskräfte für die Pulverfabrik Hunderte Arbeitskräfte aus den verschiedensten Teilen Deutschlands anwerben. Die errichteten Barakkenwohnungen reichten bald nicht mehr für die Aufnahme dieser Arbeiter aus. Sie logierten vielfach in Dachau, Etzenhausen und Augustenfeld. Zum Bau der von der Pulverfabrik geplanten Arbeiterhäuser fehlten nicht nur die Arbeitskräfte, sondern auch das Baumaterial. Bereits am 17. August 1915[3] mußte sich der Gemeinderat des Marktes Dachau mit dem Schulproblem auseinandersetzen. Er stellte fest, daß die Errichtung der Pulverfabrik einen großen Zuzug von Beamten und Arbeitern nach Dachau, Augustenfeld und Etzenhausen gebracht habe, wodurch sich die Kinderzahl in den Dachauer Schulen – der Kirchenschule als Knabenschule und der Klosterschule als Mädchenschule – bedeutend vermehren werde. Die Kinder aus Augustenfeld und Etzenhausen wurden ja seit Einführung der Schulpflicht stets nach Dachau eingeschult. Man beschloß, an die militärische Intendantur ein Gesuch um Gewährung eines Zuschusses zu den vermehrten Kosten und nötigen Schulerweiterungen zu richten. Der Antrag fand jedoch keine Berücksichtigung. Im Juli 1916 legte die Pulverfabrik ein Industriegeleise zum Dachauer Bahnhof an und enteignete hierzu Gemeindegrund mit einer nach Ansicht der Gemeinderäte viel zu niedrigen Entschädigungssumme.[4]

Erstmals in der Geschichte Dachaus war durch die Arbeiterschaft der Pulverfabrik hier eine aus allen möglichen Landschaften nach Dachau gekommene entwurzelte Bevölkerungsgruppe entstanden, die kaum zu bewältigende Probleme hervorrief; Probleme, die Dachau von der Militärverwaltung, also von außerhalb, auferlegt worden waren und bei denen sich der Dachauer Gemeinderat und die Dachauer Bürger im Stich gelassen fühlten. Damit war sowohl von seiten der Arbeiter der Pulverfabrik als auch von seiten des Marktes Dachau eine Integration unmöglich.

Zunächst aber verdienten diese Arbeiter gut und brachten so den Dachauer Geschäftsleuten zusätzliche Einkommensmöglichkeiten. Die Einbußen vieler kleiner Arbeiter-Hausbesitzer, die nunmehr keine Zimmer mehr an Besucher vermieten konnten, aber blieben bestehen.

Folgen des verlorenen Krieges

Diese Spannungen steigerten sich naturgemäß, als nach dem verlorenen Krieg die Pulverfabrik aufgrund des Versailler Vertrages ihren Betrieb einstellen mußte und der Versuch der »Deutschen Werke« scheiterte, mit den arbeitslos gewordenen Arbeitern eine neue Produktion aufzubauen. Die durch weit überzogene Reparationsforderungen der Siegermächte entstandene Wirtschaftsdepression hatte zudem auch die Produktion der Papierfabrik verringert und diese zu Arbeiterentlassungen gezwungen. Weil die Mehrzahl der arbeitslosen Arbeiter der ehemaligen Pulverfabrik nicht in ihre Heimatorte zurückkehrte, machten nun diese Arbeitslosen denen der Papierfabrik bei der Arbeitssuche Konkurrenz.

Die Dachauer Erwerbslosen schlossen sich deshalb zusammen und stellten an den Gemeinderat den Antrag, dafür zu sorgen, daß diejenigen Arbeiter, die erst während des Krieges zugezogen sind, ausgewiesen werden. Dies betreffe insbesondere die Arbeiter des »Reichswerks«. Es solle auch dafür gesorgt werden, daß offene Stellen nur mit Dachauer Arbeitern besetzt werden.[5] Dies wäre wegen der im Deutschen Reich bestehenden Freizügigkeit verfassungswidrig gewesen. Der Gemeinderat konnte deshalb nur beschließen, »die Sache der Erwerbslosen in jeder Weise zu unterstützen«. Außerdem wolle Bürgermeister Böck mit den Bürgermeistern von Etzenhausen und Prittlbach bei der Leitung des »Reichswerks« vorsprechen.

Darüber hinaus konnten auch die nun von den Fronten heimkehrenden Dachauer keine Arbeit finden. Dachau wurde damit eine Notstandsgemeinde, die bald die höchste Arbeitslosenquote im Deutschen Reich erreichte. Die von der Marktgemeinde zu zahlenden Arbeitslosenunterstützungen stiegen von Jahr zu Jahr. Die Beträge hierfür konnten nur durch Schuldenaufnahmen beschafft werden.

Die feindselige Haltung des Auslands gegenüber Deutschland

Zu der auch nach den Friedensverträgen weiterhin feindseligen Haltung der Siegermächte gegenüber Deutschland kam, daß nun der neu gegründete polnische Staat, der sich die westpreußische Provinz einverleibt hatte, aus dieser Deutsche vertrieb und in gleicher Weise Frankreich aus dem sich eingegliederten Elsaß-Lothringen die hier nicht Geborenen auswies. Mit großer Anteilnahme für diese Vertriebenen wurden von der Bürgerschaft schon im November 1919 Haussammlungen vorgenommen,[6] und dies erneut im Jahre 1921, als Polen auch noch das gesamte Oberschlesien zu okkupieren begann.[7] Große Empörung rief sodann Anfang 1923 die Ruhrbesetzung durch Frankreich hervor. Am 13. Januar 1923 beschloß der Marktgemeinderat einstimmig:[8] »Der Gemeinderat Dachau erhebt im Namen der Gemeinde Dachau Protest gegen die durch nichts gerechtfertigte

und eine reine Willkür darstellende Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen. Den Brüdern in dem besetzten Gebiet wird die vollste Sympathie und herzlichstes Mitgefühl ausgesprochen.«

Die völkerrechtswidrigen Vertreibungen von Deutschen, die feindselig harten Bestimmungen des Versailler Vertrages und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes gegenüber vielen vor dem Krieg in das Deutsche Reich und in die Österreichisch-Ungarische Monarchie eingebundenen Deutschen, stellte die gegen Fremde und Ausländer stets anteilnehmende Aufgeschlossenheit der Dachauer auf harte Proben. Und dennoch vermochte die damalige junge Hitlerbewegung hier kaum Anhänger zu finden.

Als schließlich die Reparationen der Siegermächte zu einer galoppierenden Inflation führten, schien alles Wirtschaftsleben zusammenzubrechen. Auch nachdem die Mark Ende 1923 wieder stabilisiert werden konnte, fehlten der Marktgemeinde, bei steigenden Zahlungen an Erwerbslosenfürsorgeempfänger, die Mittel für die immer wieder geplanten Notstandsarbeiten. So war die Förderung von Baugenossenschaften durch die Marktgemeinde bereits eine große Hilfe. Sie parzellierte östlich der Papierfabrik sowie im Süden von Dachau umfangreiche Gemeindegründe und verteilte sie billigst an Bauwillige. Damit konnten sich diese in überwiegender Baumitarbeit ein Eigenheim schaffen und durch Anbau von Kartoffeln und Gemüse sowie das Halten von Hühnern und Stallhasen im dazugehörigen Garten die Lebensmittelversorgung verbessern.

Es kann hier nicht auf all die zahlreichen Eigenaktivitäten und Hilfsmaßnahmen durch die Marktverwaltung eingegangen werden, bei denen sich zunächst Bürgermeister Franz Xaver Böck (23. Juni 1919 bis 31. Dezember 1924) und danach der rechtskundige Bürgermeister Georg Seufert (1. Januar 1925 bis 25. September 1934) größte Verdienste erwarben.

Die letzte freie Gemeinderatswahl in Dachau

Trotz der weiter anhaltenden Härte der Siegermächte gegenüber Deutschland und trotz des Terrors von rechts und links in den späten zwanziger und beginnenden dreißiger Jahren fanden die Nationalsozialisten und die Kommunisten, die beide die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie anstrebten, in Dachau nur wenige Anhänger.

Die Gemeindewahlen fanden in der Weimarer Republik im fünfjährigen Turnus statt. Am 8. Dezember 1929, vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr hatten die 4631 stimmberechtigten Dachauer (2211 Frauen und 2420 Männer) 20 neue ehrenamtliche Gemeinderatsmitglieder zu wählen.[9] Es war dies in Dachau die letzte freie Gemeinderatswahl vor dem Anbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Stimmbeteiligung war hoch. Es gingen 4197 Dachauer (1858 Frauen und 2339 Männer) zu den Urnen in den vier Wahlbezirken. Die Dachauer Männer beteiligten sich somit zu 96,7 % an den Wahlen, während es bei den Frauen nur 84 % waren. 4191 Stimmzettel waren gültig. Die einzelnen Parteien – die nachfolgend in der Form genannt werden, wie sie auf den Wahlbögen verzeichnet wurden – erhielten folgende Stimmen:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1614 Stimmen =	38,5 %
Bayerische Volkspartei	1214 Stimmen =	29,0 %
Gemeindewohl [Überparteiliche]	938 Stimmen =	22,4 %
Kommunisten	264 Stimmen =	6,3 %
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	161 Stimmen =	3,8 %
	4191 Stimmen =	100,0 %

Es war dies ein überwältigender Beweis für die überzeugte demokratische Einstellung der Dachauer. Selbst das gewaltige Heer der Arbeitslosen wählte überwiegend demokratisch; und zwar zum Teil die Sozialdemokraten, die sich nach dem Ersten Weltkrieg als demokratische Partei von den Kommunisten getrennt hatten. Die überwiegende Mehrheit aber wählte die christlich ausgerichtete Bayerische Volkspartei und die überparteiliche Wählervereinigung »Gemeindewohl«, die der Bayerischen Volkspartei nahestand, aber des Parteienzankes überdrüssig war und mit einer rein sachbezogenen Dachauer Gemeindepolitik die anstehenden gewaltigen Gemeindeprobleme zu bewältigen suchte. Die Kommunisten erhielten nur 264 Stimmen und die Nationalsozialisten gar nur 161 Stimmen. Dieses für die NSDAP niederschmetternde Ergebnis, mit dem sie nicht einmal einen einzigen Sitz im neuen Gemeindeparlament gewinnen konnten, mag den Hitleranhängern schwer zu denken gegeben haben, als sie sich reichlich drei Jahre später anschickten, in Dachau die Macht zu übernehmen. Sie wußten, daß sie in Dachau kaum verläßliche Parteimitglieder gewinnen konnten und .waren deshalb auf ein besonders vorsichtiges Taktieren oder auf brutale Machtdurchsetzung angewiesen.

Diese letzte demokratische Gemeinderatswahl brachte den Sozialdemokraten, die sich bereits in den ersten Nachkriegsjahren mit Bürgermeister Franz Xaver Böck ein gutes demokratisches Ansehen erworben hatten, im Gemeinderat 8 Sitze. Die traditionsbewußte Bayerische Volkspartei erhielt 6 Sitze, die überparteiliche Wählergemeinschaft 5 Sitze. Die Kommunisten errangen gerade noch einen Sitz.

Es sind hier die Gewählten zu nennen, weil wir vielen von ihnen später wieder begegnen. Die SPD stellte als Gemeinderäte: Redakteur Franz Xaver Böck, Schriftsetzer Ludwig Ernst, Oberlehrer Hans Hammer, Dreher Franz Schütze, Schäffler Josef Schauer, Maurer Jakob Schmid, Monteur Athanasius Lobenstock und Zimmermann Josef Gampenrieder. Mitglieder der BVP waren: Schmiedemeister Jakob Hardwig, Versicherungsrat Benedikt Schmid, Kaufmann Josef Lerchenberger, Bezirksstraßenwärter Johann Teufelhart, Landwirt Josef Schmid und Fabrikarbeiter Paul Schwarzbauer. Das überparteiliche »Gemeindewohl« stellte als Gemeinderäte: Apotheker Max Höfler, Buchbindermeister Hans Zauner, Bezirksschulrat Franz Dengler, Malermeister Karl Viktora und Architekt Karl Bergmann. Der Schreiner Hans Moosreiner war der einzige Kommunist im Gemeinderat.

Zu nennen sind aber auch einige weitere bekannte Dachauer Persönlichkeiten, die sich in die Wahllisten hatten

aufnehmen lassen und damit ihre politische Gesinnung und ihr aktives Interesse an der Bewältigung der großen Aufgaben in der Notstandsgemeinde Dachau dokumentierten. Als Ersatzmänner sollten sie beim Ausscheiden eines Mitglieds in das Ratsgremium nachrücken. Bei der SPD waren dies u. a. Werkmeister Heinrich Wenninger, Schlosser Ludwig Posch und Bäcker Josef Zellner; bei der BVP u. a. Bauunternehmer Anton Platzer, Glasermeister August Auer, Kaufmann Johann Eggl, Spenglermeister Max Blümel, Landwirt Johann Spannraft, Kaufmann Ludwig Liepold, Malermeister Albin Huber, Landwirt Jakob Blum und Gärtnereibesitzer Heinrich Rhein; bei den Überparteilichen u. a. Spenglermeister Karl Merwerth, Zimmermeister Nikolaus Deichl, Kunstmühlenbesitzer Georg Scheierl, Bildhauer Walter v. Ruckteschell, Fabrikbesitzer Hans Wülfert, Uhrmachermeister Johann Rinderle, Schneidermeister Xaver Glas, Brauereidirektor Oskar Hörhammer und Kaufmann Hermann Koller.

Auswirkungen der überhöhten Reparationsforderungen

Weil das Deutsche Reich wegen der großen Not im Inneren die gewaltigen Reparationsforderungen der Siegermächte nicht zu erfüllen vermochte, wurden diese Verpflichtungen 1924 durch den Dawesplan, der 1929 durch den Youngplan modifiziert wurde, kommerzialisiert, d. h. in börsenfähige, längerfristig zu tilgende Wertpapiere umgewandelt. Dies führte schließlich zum sogenannten Schwarzen Freitag (25. Oktober 1929), dem Zusammenbruch der New Yorker Börse, der die Weltwirtschaftskrise auslöste. In Deutschland kam es daraufhin zum Sturz der Regierung Hermann Müller. Das neue Kabinett von Dr. Heinrich Brüning sah sich bereits am 16. Juli 1930 zu der ersten großen Notverordnung zur »Sicherung von Wirtschaft und Finanzen« veranlaßt.

Der Dachauer Gemeinderat versuchte nun mehr oder minder vergeblich, die durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöste, sich weiter verstärkende Not zu lindern. Die Zahl der Arbeitslosen, die hier bereits zuvor die höchste Quote im Deutschen Reich hatte, stieg weiter an. Von der Wirtschaftsrezession wurde nun auch das »Besitzbürgertum« schwer betroffen.

Ähnliche Probleme wie Dachau hatte auch die Gemeinde Prittlbach, in deren Gemarkung 1915 die Pulverfabrik errichtet worden war. Im Februar 1930 stellten deshalb einige Einwohner von Prittlbach an ihre Gemeinde den Antrag, mit der Marktgemeinde Dachau über die Eingemeindung der Deutschen Werke nach Dachau zu verhandeln. »Nachdem hier nur eine Eingemeindung der Baracken in Frage käme«, stellt daraufhin der Dachauer Gemeinderat fest, könne »aus verwaltungstechnischen und finanziellen Gründen dem Antrag nicht stattgegeben werden«.[10]

Die Dachauer Gemeindeväter waren nun auch ernsthaft bemüht, wenigstens den Parteienzank von Dachau fernzuhalten. In der Ratssitzung vom 14. März 1930 beschlossen sie deshalb,[11] daß bei dem 1929 am Schrannenplatz bei St. Jakob errichteten Kriegerdenkmal »als Sinnbild der Ehrung der Gefallenen, ohne Parteiunterschied jedweder Aufmarsch oder Veranstaltung parteipolitischen Anstrichs nicht zugelassen ist.«

Nach dem Krieg war auf den oberen Steinmühlängern (heute Volksfestplatz) eine Schulbaracke zur Unterbringung der zahlreichen Schulkinder errichtet worden. Im Jahre 1929 konnte hier endlich die Thoma-Schule erbaut werden, wobei man Sozialhilfeempfänger zu Arbeiten heranzog.[12] Notstandsarbeiten waren wegen der hohen Gemeindeverschuldung und sinkender gemeindlicher Einnahmen immer schwerer durchzuführen, doch auch hierbei konnten einige größere Projekte initiiert werden. Dabei stiegen die für die Erwerbslosenfürsorge erforderlichen Beträge ständig. Dennoch lehnte der Gemeinderat den Vorschlag von 1. Bürgermeister Seufert ab, eine neue gemeindliche Steuer zur Deckung der steigenden Ausgaben für Erwerbslose einzuführen, »weil die neuen Steuern weder von der Wirtschaft noch von den anderen Kreisen getragen werden können«.[13] Erst als die »Reichs- und Landesstelle für Wohlfahrtserwerbslose« erklärte, sich an den Zahlungen nur dann zu beteiligen, wenn die Gemeinden auf die Bürgersteuer einen Zuschlag von 100 % erheben, wurde diese Erhebung – wenngleich unter Protest – auch beschlossen.[14]

Anfang 1932 waren dann die erforderlichen Ausgaben der Marktgemeinde Dachau doppelt so hoch als die Eigeneinnahmen. Der Gemeinderat stellte fest, »der jetzige Zustand ist untragbar, und kann der Zusammenbruch der Gemeinde bei weiterem Versagen der Reichshilfe nicht mehr aufgehalten werden«.[15] Zudem erforderte die große Wohnungsnot eine Fortführung der nach dem Kriege eingeführten Wohnungszwangswirtschaft. 1932 gab es in Dachau trotz des umfangreichen Wohnungsbaues in den vorausgegangenen Jahren und mehrerer Wohnbaracken noch 140 Wohnungssuchende.[16]

Die Opferbereitschaft Privater zur Linderung der Not der Arbeitslosen war groß. So spendete z. B. die Wurstwarenfirma Wülfert und Sohn 1930 der Gemeinde für die »Wohlfahrtserwerbslosen« über 1000 Wurstkonservenbüchsen.[17] Anfang 1932 entschloß sich auch der hauptamtliche 1. Bürgermeister Seufert angesichts der katastrophalen Haushaltslage freiwillig auf ein Viertel seines Gehaltes zu verzichten.[18]

Politisches Chaos

Inzwischen brodelte es politisch im ganzen Deutschen Reich. Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning sah sich am 30. Mai 1932 gezwungen, mit seinem Kabinett zurückzutreten. In der Folge wurde der Reichstag mehrmals aufgelöst. Es drohte ein revolutionärer Kampf zwischen den linken und rechten Extremkräften. Auch die bald aufeinander folgenden Reichstagswahlen vom 31. Juli und 11. November 1932 vermochten angesichts der gewaltigen Not im Lande keine stabile Regierung zu schaffen, obwohl die Mandate der NSDAP zurückgedrängt werden konnten. Für den 5. März 1933 mußte bereits wieder eine neue Reichstagswahl anberaumt werden. Hierzu startete Goebbels einen gewaltigen nationalsozialistischen Propagandafeldzug, wie ihn Deutschland noch nicht gekannt hatte. Einer der Hauptpunkte waren dabei Versprechungen, die große Arbeitslosigkeit und Not im Lande zu beseitigen. Viele Arbeitslose sahen nun in der NSDAP einen Strohhalm der Hoffnung, an den sie sich klammerten. Aber auch zahlreiche demokratische bürgerliche Kräfte erhofften sich durch eine Mitarbeit der Nationalsozialisten an der Regierung eine wirt-

schaftliche und politische Stabilisierung. Nach dem Scheitern des Kabinetts von Kurt v. Schleicher berief nun Reichspräsident v. Hindenburg am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler.

Wir Heutigen wissen aus Erfahrung, daß eine enge Zusammenarbeit mit antidemokratischen Kräften zu einer Diktatur mit all ihren schrecklichen menschenverachtenden Auswirkungen führen kann. Diese Erfahrungen fehlten damals. Die Berufung Hitlers zum Reichskanzler durch den geachteten Reichspräsidenten wertete die Nationalsozialisten in den Augen breiter Bevölkerungsschichten als mögliche Mitarbeiter an der Regierungsarbeit auf. So verwundert es nicht, daß sich die demokratischen Parteien bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 zwar absolut behaupten konnten, die NSDAP aber im Deutschen Reich insgesamt 43,9 % und in Bayern 43,1 % der Stimmen erzielen konnte.[19] Nur zusammen mit den demokratischen Deutschnationalen (Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot) erreichten die Nationalsozialisten eine knappe Mehrheit von 52 %. Dieses Gesamtergebnis konnten sie aber auch nur deshalb erlangen, weil sich angesichts der großen wirtschaftlichen und politischen Krise und der Massenpsychose einer Revolution 56 % der Wahlberechtigten der Wahl entzogen hatten.[20] Erst wir Heutigen wissen, daß in Krisenzeiten dem Wahlrecht in verstärktem Maße eine Wahlpflicht der Bürger gegenübersteht. Unter Beachtung der damaligen Gegebenheiten kann behauptet werden, daß Hitler und seine Bewegung ohne die verheerenden Auswirkungen der Pariser Vororteverträge eine unbedeutende politische Randgruppe geblieben wäre und nie an die Macht hätte kommen können. Wenn das deutsche Volk zum Teil noch heute angeprangert wird, die Nationalsozialisten an die Macht gebracht zu haben, ist zu erwidern, daß in einer ähnlichen Situation wohl auch andere nach einem »starken Mann« gegriffen hätten, ohne deshalb Faschisten zu sein. Wer käme z. B. auf den Gedanken, das russische Volk für die millionenfachen menschenverachtenden Verbrechen der Kommunisten verantwortlich zu machen und zu behaupten, die Sowjets hätten dabei in seinem Namen gehandelt?

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 in Dachau

Wie der »Verein zum Beispiel Dachau« in seiner Dokumentation für das Bezirksmuseum Dachau feststellte, hatten die Nationalsozialisten bei der letzten völlig unbeeinflußten Reichstagswahl am 6. November 1932 trotz der gewaltigen Not in Dachau hier nur 542 Stimmen, d. s. 12,8 %, erreichen können. Die Kommunisten erhielten dagegen 984 Stimmen, d. s. 21,3 %. Der weit überwiegende Teil der Dachauer Wähler stimmte jedoch für die demokratischen Parteien, nämlich 1410, d. s. 33,5 % für die Bayerische Volkspartei und 1207, d. s. 28,6 % für die Sozialdemokratische Partei. Die Splitterparteien erhielten in Dachau nur 3,8 % der Stimmen.

Nachdem Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war und die NSDAP in einem gewaltigen Propagandafeldzug die Wähler davon zu überzeugen versuchte, nur sie könnten die gewaltige Arbeitslosigkeit und die gesamten wirtschaftlichen Probleme Deutschlands nachhaltig lösen, erhielten die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 vor allem aus den Reihen der bisherigen Kommunisten, in geringem Umfang aber auch aus den Reihen der demokratischen Parteien eine kräftige Verstärkung, während andererseits ein Großteil der Bürger mit demokratischer Grundüberzeugung aus Enttäuschung der Wahl fernblieb.

Die Bayerische Volkspartei war aber am 5. März in Dachau trotzdem mit 29,2 % der Stimmen weiterhin die stärkste politische Kraft, nahe gefolgt von der Sozialdemokratischen Partei mit 28,2 % der Stimmen. Die Splitterparteien blieben mit insgesamt 4 % der Stimmen weiterhin unbedeutend. Die Kommunisten konnten 14,7 %, die Nationalsozialisten aber immerhin 23,9 % der Stimmen gewinnen. Mit diesem Ergebnis hofften die demokratischen Parteien in Dachau weiterhin die bestimmende Kraft zu bleiben, zumal die Nationalsozialisten im Marktgemeinderat mit keinem einzigen Mitglied vertreten waren. Dies stellte sich jedoch bald als ein großer Irrtum heraus. Welchen Illusionen sich die demokratischen Dachauer nach dieser Wahl hingaben, zeigt der von Hans-Günter Richardi in seinem Werk »Schule der Gewalt« wiedergegebene Artikel der Dachauer Lokalzeitung »Amper-Bote« vom 7. März 1933. Schon am 10. März besetzten die Nationalsozialisten im Schutz ihrer Waffen die öffentlichen Gebäude in Dachau und hißten die Hakenkreuzfahne. Wie noch dargestellt wird, rissen sie wenig später die Macht im Rathaus ohne Wahlen an sich, indem sie die Mehrheitsverhältnisse durch Verordnung zu ihren Gunsten änderten.

Die brutale Taktik der Nationalsozialisten

Bereits am Tag der Reichstagswahl, dem 5. März 1933, hatten die Nationalsozialisten in Nohra bei Weimar ihr erstes KZ für Gegner ihrer Partei eingerichtet, dem am 12. März 1933 ein KZ in Hohnstein bei Dresden und schließlich am 22. März 1933 ein KZ in der vormaligen Pulverfabrik in den Gemarkungen der Gemeinden Prittlbach und Etzenhausen folgte. Schon am 11. März 1933 waren vier kommunistische Funktionäre aus Dachau »in Schutzhaft genommen und in das Amtsgefängnis eingeliefert« worden. Am 23. März, dem Tag nach der Eröffnung des nahegelegenen KZs, wurden rund 60 Dachauer Kommunisten verhaftet. Ihnen folgten bald auch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei – darunter Dr. Josef Schwalber. Damit sollten schon zu Beginn der Machtübernahme im Reich alle aktiven demokratischen Kräfte mit Brutalität eingeschüchtert werden. Wer eine Familie und in diesen Notzeiten auch einen Erwerb hatte, mußte sich bewußt sein, daß nun jeder offene Widerstand tödlich sein konnte. Man mußte ein Selbstmörder sein, wollte man sich offen auflehnen. Es herrschte hier eine ähnliche menschenverachtende Situation wie 70 Jahre lang in der Sowjetunion und vom Ende des Zweiten Weltkrieg bis vor kurzem auch in den Ostblockstaaten.

Die zum Teil noch verschlüsselten Lebensbedrohungen durch die Nationalsozialisten gaben sich dabei pseudorechtlich, mit Berufungen auf das am 24. März erlassene Ermächtigungsgesetz (Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich). Den aktiven Dachauer Demokraten blieb jetzt zur Aufweichung der nationalsozialistischen Macht nur mehr die Möglichkeit durch Vortäuschen eines Mitläufertums einen positiven Einfluß auf

die Politik zu behalten. Die Nationalsozialisten waren jedoch angesichts der bisherigen Aktivitäten der örtlichen Mitglieder der Bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei sehr mißtrauisch, zumal sie in Dachau noch immer kein einziges Gemeinderatsmitglied stellen konnten. So gaben sich in der Folgezeit einige Dachauer äußerlich grimmiger als es selbst die Berufsnationalsozialisten waren.

Um endlich auch Einfluß auf den Dachauer Marktgemeinderat zu erlangen, ließ Gauleiter Adolf Wagner, der inzwischen bayerischer Innenminister geworden war, dem 2. Bürgermeister Franz Xaver Böck am 21. März 1933 durch das Bezirksamt ein Schreiben mit folgendem Inhalt zuleiten:[21] »Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit hat das Staatsministerium angeordnet, daß den den marxistischen Parteien angehörenden ehrenamtlichen Bürgermeistern die Ausübung ihrer Ämter untersagt wird. Sie haben sich daher bis auf weiteres jeder Amtsausübung zu enthalten.« 2. Bürgermeister Böck richtete daraufhin am 22. März an den Gemeinderat folgenden Brief:[22] »Inbezug auf die vom Bezirksamt Dachau an mich gerichtete Aufforderung die Weiterführung der Amtsgeschäfte eines ehrenamtlichen Bürgermeisters bis auf weiteres zu unterlassen, erkläre ich hiemit freiwillig meinen Rücktritt als derzeitiger 2. Bürgermeister meiner Heimatgemeinde Dachau, ebenso auch als Mitglied des Gemeinderates. Gleichzeitig lege ich meine Funktionen als stellvertretender Vorsitzender des Ortsfürsorgeverbandes und der Schulpflegschaft nieder. Ich bitte Herrn 1. Bürgermeister, dem Gemeinderat meine Abschiedsgrüße zu übermitteln und wünsche der Gemeinde selbst das Beste.«[23] Dieser Sachverhalt, den Bürgermeister Seufert erst am 20. April in das Protokollbuch der Ratssitzungen in vollem Wortlaut eintragen lassen konnte, löste lähmendes Entsetzen aus. Am 27. März erhielt Bürgermeister Seufert die schon am 20. März – also noch vor der Amtsenthebung von Franz Xaver Böck – vom Staatsministerium des Inneren (Gauleiter Adolf Wagner) erlassene Bekanntmachung, daß der Beauftragte der Obersten SA-Führung am Bezirksamt Dachau, den Kaufmann Erhard Beeskow mit Wirkung vom 27. März 1933 zum 2. Bürgermeister von Dachau bestellt hat. Gleichzeitig verfügte dieser Beauftragte der Obersten SA-Führung, daß die Gemeinderäte Josef Lerchenberger (BVP), Jakob Hardwig (BVP), Johann Teufelhart (BVP), Athanasius Lobenstock (SPD) und Oberlehrer Hans Hammer (SPD) ihrer Funktion als Gemeinderäte enthoben werden. Nachdem Hans Moosreiner schon zuvor verhaftet worden war, verringerte sich damit der Gemeinderat von 20 auf 14 Mitglieder, wobei der Nationalsozialist Beeskow als Kontrolleur in eine Entscheidungsrolle trat, weil der rechtskundige 1. Bürgermeister Seufert als hauptamtliche Kraft keine politische Stimme hatte.

Schon am 24. März 1933 wurde der Gemeinderat auch veranlaßt, »Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und Herrn Reichskanzler Adolf Hitler« zu Ehrenbürgern der Gemeinde Dachau zu ernennen. Gleichzeitig wurde die Frühlingstraße in Adolf-Hitler-Straße umbenannt. Es ist bemerkenswert, daß dieser Beschluß in einer geheimen Sitzung gefaßt wurde.[24] Es sei hier hinzugefügt, daß diese Ehrenbürgerrechte lt. Stadtratsbeschluß vom 3. Juni 1947 Nr. 3 wiederum aberkannt wurden.

Das Gleichschaltungsgesetz vom 31. März 1933

Der nächste Schlag gegen den demokratischen Gemeinderat von Dachau folgte bereits durch das am 31. März erlassene »Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich«.[25] Durch § 12/1 wurden die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper aufgelöst. § 12/2 bestimmte: »Sie [die Verwaltungskörper] werden neu gebildet nach der Zahl der gültigen Stimmen, die bei der Wahl zum Deutschen Reichstag vom 5. März 1933 im Gebiet der Wahlkörperschaft abgegeben worden sind. Dabei bleiben Stimmen unberücksichtigt, die auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei oder solche entfallen, die als Ersatz von Wahlvorschlägen der Kommunistischen Partei anzusehen sind.« Nach § 14 sollen den Wählergruppen die nach § 12/2 zustehenden Sitze den Bewerbern aufgrund von Wahlvorschlägen zugewiesen werden, welche die Wählergruppen einzureichen haben.

Am 5. April 1933 hatte 1. Bürgermeister Seufert die traurige Pflicht, den Gemeinderäten bekanntzugeben, daß der Gemeinderat nunmehr aufgelöst ist. Er dankte gleichzeitig im Namen der Marktgemeinde den Gemeinderäten für die im Dienste der Einwohnerschaft geleistete gemeinnützige Arbeit und fügte einen zusätzlichen Dank an diejenigen hinzu, die sich als gemeindliche Verwalter zur Verfügung gestellt hatten.

Ende des demokratisch gewählten Gemeinderates

Ab 5. April 1933 besaß Dachau kein Gremium mehr, das das Mandat der Bürgerschaft besaß und im Namen der Dachauer Bürger hätte Beschlüsse fassen können. Ab diesem Zeitpunkt war der Gemeinderat nur mehr ein von den Gnaden der nationalsozialistischen Führung abhängiges Gremium. Dennoch sahen die demokratischen Parteien im Gleichschaltungsgesetz vom 31. März noch Chancen einer wenigstens teilweisen Mitwirkung und glaubten, diese Möglichkeit nicht vertun zu dürfen. Weil jedoch absehbar war, daß alle demokratischen Parteien bald aufgelöst würden, vermeinten einige Bürger, daß ein ferneres Mitwirken an den Gemeindegeschicken nur durch formalen Eintritt in die NSDAP möglich sein wird, zumal ein späterer Parteiübertritt auf Mißtrauen der Nationalsozialisten stoßen könnte. Es lag aber auch im Interesse der NSDAP, ihre Kandidatenliste mit angesehenen Dachauer Bürgern schmücken zu können, um damit den Eindruck einer Fremdherrschaft zu vermeiden. Die Bayerische Volkspartei und die Sozialdemokratische Partei stellten intern Wahlvorschläge auf, die bis zum 20. April einzureichen waren. Nach der Bekanntmachung im Bezirksamtsblatt Nr. 9 vom 10. April 1933 sollte Dachau mit 7148 Einwohnern 15 Gemeinderatsmitglieder (ausschließlich Bürgermeister) erhalten. Die Wahl des 1. Bürgermeisters solle sodann durch den neuen Gemeinderat erfolgen.

Am 22. April fand nun im Rathaus ein pseudodemokratisches Spektakel statt: Es wurde ein Wahlausschuß gebildet aus dem 1. Bürgermeister Georg Seufert als Wahlleiter sowie den Vertrauensleuten 2. Bürgermeister Erhard Beeskow für die NSDAP, Obersteuersekretär Ernst Hecht für die BVP und Zimmermann Josef Gam-

penrieder für die SPD. Dazu kam Verwaltungsobersekretär Michael Baier (1932–1945 leitender Verwaltungsbeamter des Marktes), der gleichzeitig als Schriftführer amtierte. Der »Wahlausschuß« stellte zunächst fest, daß im neuen Gemeinderat auf jede der drei Parteien fünf Sitze fallen sollen – und dies obwohl die NSDAP bei der letzten Reichstagswahl um 5,3 % weniger Stimmen erlangt hatte als die BVP und diese Differenz innerhalb der berechtigten drei Parteien sogar 6,4 % betrug. Die ganze Wahl bestand dann darin, daß aus den drei Wahlvorschlägen jeweils die ersten fünf als gewählt galten.
Es waren dies für die NSDAP Geschäftsführer Erhard Beeskow, Buchbindermeister Hans Zauner, Maschinengehilfe Anton Ficker, Architekt Karl Bergmann und Verwaltungsobersekretär Michael Baier; für die BVP Apothekenbesitzer Max Höfler, Rechtsanwalt Dr. Josef Schwalber, Kaufmann Michael Ebenburger, Fabrikarbeiter Johann Bertold und Landwirt Josef Schmid; für die SPD Dreher Franz Schütze, Bäcker Stefan Stegmann, Schäffler Josef Schauer, Maurer Jakob Schmid und Zimmermann Josef Gampenrieder. Wir sehen, daß sich die NSDAP mit einigen bekannten Dachauer Persönlichkeiten schmücken konnte. Dieser neue Gemeinderat wählte sodann am 27. April 1933 Georg Seufert wiederum zum hauptamtlichen 1. Bürgermeister und Erhard Beeskow mit 11 von 15 Stimmen zum 2. Bürgermeister.

Erste Aktivitäten des neuen Gemeinderates

Einer der ersten Anträge der Fraktion der NSDAP im neuen Gemeinderat war auf die Erhebung Dachaus zur Stadt gerichtet. Am 19. Mai 1933 beschloß der Gemeinderat daraufhin einstimmig, einen Antrag auf Erhebung der Marktgemeinde zur Stadt zu stellen.[26] Mit diesem Antrag wollten sich die Nationalsozialisten ein erstes Prestige in Dachau erwerben. Rasch wurde das vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv hiezu benötigte Gutachten erbeten und bereits am 14. Juli traf die Vorlage beim Innenminister Adolf Wagner ein. Bei der ganzen Prozedur zeigte sich aber die verwaltungstechnische Unerfahrenheit der Nationalsozialisten. Am 30. Oktober traf die entsprechende Verfügung des Staatsministeriums des Innern bei der Regierung von Oberbayern, Kammer des Inneren, ein. Hiervon erhielt Dachau einen Durchschlag auf Durchschlagpapier – und dies war dann auch die sogenannte Stadterhebungsurkunde. Sie wird im Bezirksmuseum Dachau im Abdruck vorgestellt und hat folgenden Wortlaut: »Mit Wirkung vom 15. November 1933 an wird dem Markt Dachau die Genehmigung erteilt, die Bezeichnung ›Stadt‹ zu führen. gez. Adolf Wagner.«
Bemerkenswert und kennzeichnend für die Grundeinstellung der Mehrheit des »gleichgestellten« Stadtrates ist, daß die daraufhin neu angeschaffte Bürgermeisterkette – jetzt im Bezirksmuseum Dachau ausgestellt – keinerlei nationalsozialistische Symbole trägt, sondern nur die bayerischen Rauten.
Bereits am Tage, an dem beschlossen worden war, den Antrag zur Stadterhebung zu stellen, wurde aber auch unter Strafandrohung von 150 RM befohlen: »Das unnütze Verweilen ohne hinreichenden Grund ist Erwachsenen und Jugendlichen auf dem Marktplatz Dachau, das ist von Freisinger Straße 36 bis Augsburger Straße 5, verboten.«[27] Am selben Tage fiel auch der Beschluß, in der oberen Papierfabrik ein Arbeitsdienstlager zu errichten.[28] Am 23. Juni mußte dann die Gemeinde drei Räume des Zieglerhauses ab 1. Juli an die Kreisgeschäftsstelle der NSDAP zum Mietpreis von monatlich 30 RM vermieten.[29]
Angesichts der bereits erwarteten Auflösung aller demokratischen Parteien trat Franz Schütze aus der SPD aus und in die NSDAP ein. Nach der Bekanntmachung des Staatsministeriums des Inneren vom 18./19. Juni 1933 wurden dann auch die »sozialdemokratischen Gemeinderäte von der Teilnahme an den Sitzungen ausgeschlossen«. Lt. Gleichschaltungsgesetz sind »die Stadtratsmitglieder für die freigewordenen Sitze durch die Staatsaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem Gauleiter der NSDAP zu bestellen«. Daraufhin legten auch die Gemeinderäte Max Höfler, Johann Bertold und Josef Schmid, alle BVP, ihre Gemeinderatsmandate nieder. Dem folgte am 29. Juni Dr. Josef Schwalber. Am 13. Juli traf dann schließlich über das Bezirksamt die Mitteilung ein, daß außer der NSDAP alle Parteien aufgelöst sind. Mit dieser Verfügung hatten die Nationalsozialisten ihren undemokratischen Charakter vor aller Öffentlichkeit erneut dokumentiert.

Der Skandal um Beeskow

In dieser prekären Lage der Nationalsozialisten – die Erhebung Dachaus zur Stadt war noch nicht erfolgt – erschütterte ein Skandal die NSDAP. Es war schon längere Zeit gemunkelt worden, daß 2. Bürgermeister Erhard Beeskow »Dreck am Stecken« habe. Bürgermeister Seufert forderte aus München, wo Beeskow in der Schraudolphstraße 16/II seinen ständigen Wohnsitz hatte, dessen Polizeiakte an. Und tatsächlich ergab sich hieraus, daß Erhard Beeskow durch Strafbefehl des Amtsgerichts München vom 20. Juni 1930 wegen Diebstahls verurteilt worden war. Am 25. Juli meldete 1. Bürgermeister Seufert dies dem Bezirksamt. Die Mühlen der Partei arbeiteten nun rasch. Bereits am 31. Juli teilte das Bezirksamt der Gemeinde Dachau mit: »Die Gauleitung der NSDAP hat dem Bezirksamt offiziell mitgeteilt, daß der bisherige 2. Bürgermeister Beeskow die Niederlegung seines Amtes erklärt hat.« Diese Mitteilung ließ Seufert sofort in der Presse bekanntgeben, wogegen Beeskow zunächst protestierte, sich aber bald auf die Androhung von Kreisleiter Friederichs hin, bei Sträuben würden die Gründe für den Rücktritt öffentlich bekanntgegeben, fügte.

Die NSDAP übernimmt die »Führung« im Dachauer Rathaus

Am 22. Juli 1933 war auch das Gemeinderatsmitglied der NSDAP, der Maschinengehilfe Anton Ficker, der inzwischen Arbeitsdienstführer beim Arbeitsgau 30 geworden war, zurückgetreten.[30] In dieser Zeit bemühte sich der frühere BVP-Gemeinderat Kaufmann Michael Ebenburger um den Übertritt in die NSDAP-Fraktion, was zunächst von Kreisleiter Friederichs, der einem solchen Übertritt mißtrauisch gegenüberstand, abgelehnt wurde. Erst als sich der Restgemeinderat für Ebenburger einsetzte, verfügte das Bezirksamt am 8. September 1933

»im Einvernehmen mit dem Kreisleiter der NSDAP . . . Ebenburger bleibt Mitglied des Gemeinderates«.
Das Zusammenschmelzen des Dachauer Gemeinderates, nach dem verordneten Verbot der demokratischen Parteien, löste nun die Frage der Beschlußfähigkeit des Restgemeinderates aus. Aber auch hier hatte die NSDAP rasch eine Lösung bei der Hand. Schon am 31. Juli hatte die Gemeinde Dachau über das Bezirksamt die Mitteilung erhalten: »Der Gemeinderat ist beschlußfähig, wenn mindestens 5 Mitglieder anwesend sind.«
Die Gemeinderatsmitglieder, die ab 15. November 1933 den Titel Stadtrat führten, wurden in der Folgezeit stets von der Kreisleitung der NSDAP im Einvernehmen mit der Gauleitung bestellt, wobei man mehrfach bemüht war, auch bekannte Dachauer Persönlichkeiten zu gewinnen. Diesen gelang dann nur in Ausnahmefällen mit einem stichhaltigen Grund wieder ein Austritt.
Doch noch immer war den Nationalsozialisten der 1. Bürgermeister Seufert ein Dorn im Auge. Am 26. September 1934 war es dann soweit, daß Seufert wegen Erkrankung um Versetzung in den dauernden Ruhestand bat.[31] Auf Vorschlag der Gauleitung wurde nun Kreisleiter Lambert Friederichs am 26. September 1934 Dachaus 1. Bürgermeister.
Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 führte dann auch in Gemeinde- und Stadtratsgremien das Führerprinzip ein. Die Räte verloren ihr Abstimmungsrecht in den Ratssitzungen. Sie waren nur mehr Berater des 1. Bürgermeisters, der nun alle Beschlüsse in eigenem Namen – natürlich nach entsprechender Abstimmung mit den Parteiorganen der NSDAP – faßte und Anordnungen traf. Weil zudem wesentliche Aufgaben, die vordem der Beschlußfassung durch das Ratsgremium unterlagen, in den Verwaltungsbereich des 1. Bürgermeisters übergingen, wurden in der Folge nur noch mehr sehr wenige Stadtratssitzungen einberufen; im Jahre 1936 z. B. nur sechs.

Anmerkungen:
[1] RPr v. 27. 5. 1837 S. 36; RPr v. 8. 8. 1839 S. 35 und RPr v. 11. 3. 1840 S. 31. – [2] *Gerhard Hanke:* Die Künstlerkolonie Dachau. Besuche von Künstlern und Angehörigen geistiger Berufe in den Jahren 1891–1918. In: Ottilie Thiemann-Stoedtner u. Gerhard Hanke: Dachauer Maler. Die Kunstlandschaft von 1801–1946. Dachau 1989, S. 287–359. – [3] RPr v. 17. 8. 1915 S. 278. – [4] RPr v. 7. 7. 1916 Nr. 211. – [5] RPr v. 29. 5. 1920 Nr. 267. – [6] RPr v. 8. 11. 1919 Nr. 670. – [7] RPr v. 26. 2. 1921 Nr. 98. – [8] RPr v. 13. 1. 1923 Nr. 30. – [9] Zu diesen Wahlen: StADah 97/28. – [10] RPr v. 21. 2. 1930 Nr. 44. – [11] RPr v. 14. 3. 1930 Nr. 72. – [12] RPr v. 7. 12. 1928 Nr. 136 Geheime Sitzung und RPr v. 11. 10. 1929 Nr. 233. – [13] RPr v. 14. 11. 1930 Nr. 240. – [14] RPr v. 16. 10. 1931 Nr. 124. – [15] RPr v. 27. 4. 1932 Nr. 38. – [16] RPr v. 2. 9. 1932 Nr. 80. – [17] RPr v. 16. 1. 1931 Nr. 16. – [18] RPr v. 12. 2. 1932 Nr. 23. – [19] *Max Spindler:* Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Bd. 1, München 1978, S. 519. – [20] *Karl Plötz:* Auszug aus der Geschichte. Würzburg 1968, S. 1289. – [21] RPr v. 20. 4. 1933 Nr. 22. – [22] Ebenda. – [23] Originalschreiben StADah 97/29; die weiteren dargestellten Sachverhalte fußen ebenfalls überwiegend auf dieser Akte. – [24] RPr v. 24. 3. 1933 Nr. 48 Geheime Sitzung. – [25] Veröffentlicht im Reichsgesetzblatt v. 2. 4. 1933 Nr. 29. – [26] RPr v. 19. 5. 1933 Nr. 79 Geheime Sitzung. – [27] RPr v. 19. 5. 1933 Nr. 35. – [28] RPr v. 19. 5. 1933 Nr. 83 Geheime Sitzung. – [29] RPr v. 26. 6. 1933 Nr. 83a Geheime Sitzung. – [30] Er trat später jedoch wieder in den Stadtrat ein. – [31] RPr v. 26. 9. 1934 Nr. 87.

Anschrift des Verfassers:
Dr. Gerhard Hanke, Gröbmühlstraße 16, 8060 Dachau

Leserzuschrift

Herr Dr. Dr. med. Friedrich Wetzel, Pöttmes, schreibt uns in Ergänzung seines in Amperland 27/3 (1991) 154 f. erschienenen Beitrages »Die Nachkommen des Lehrers Adolf Wetzel«:
Petra Wetzel aus Pöttmes, eine Enkelin von Adolf Wetzel, hat 1992 in der Wartburgstadt Eisenach das von ihrem Großvater Sanitätsrat Dr. Alexander Jorns geerbte Haus am Reuterweg renoviert und mit der Bezeichnung »Villa Elisabeth« zu einer Hotel-Pension umgestaltet. Im vorigen Jahrhundert war hier auch der mit der Familie verwandte Odysseemaler Friedrich Preller d. Ä. häufig zu Gast, jener Preller, in dessen Armen Goethes Sohn August am 27. Oktober 1830 in Rom gestorben ist.
Kürzlich brachte das ZDF eine Sendung über das Leben mehrerer Familien in der »Autostadt« Eisenach und prüfte, wie sie die Herausforderungen beim Zusammenwachsen Deutschlands meistern. Als Musterbeispiel für eine gelungene Initiative wurde auch Petra Wetzel mit ihrem Haus gezeigt. Sie organisiert darüber hinaus Tagungen in Verbindung mit dem reichhaltigen kulturellen Angebot der Stadt und ihrer Umgebung.

Buchbesprechungen:

Werner Bös/Thomas Klinger: Gotik in Oberbayern. Süddeutscher Verlag, München 1992, 280 S., 218 Abb., davon 66 in Farbe, 14 Risse/Stiche, geb. DM 98,–.

Dieser Bildband wird laut Werbetext empfohlen als »Bestandsaufnahme einer der reichsten, vielfältigsten und bedeutendsten Epochen unserer Kunst- und Kulturgeschichte«, »gegliedert nach kleinen, in sich geschlossenen Kulturräumen, wie sie aus den Herrschaftsstrukturen des Spätmittelalters erwachsen sind«; er »zeigt Werke der Architektur, Malerei und Bildhauerei in über zweihundertfünfzig Städten, Märkten, Dörfern und Weilern, wie sie heute noch an Ort und Stelle gesehen werden können«.
Dem Bereich unserer Zeitschrift sind drei Kapitel gewidmet: S. 55–72 »Zwischen Isar und Amper« (Freising/Domberg, Moosburg, Freisinger Umland: Feldkirchen, Gelbersdorf, Rast, Weng, Pfettrach, Kranzberg, Massenhausen, Enghausen, Berghaselbach, Gesseltshausen, Kühnhausen, Sixthaselbach, Hirschbach, Kirchamper), S. 73–76 »Im Dachauer Hügelland« (Indersdorf, Amperpettenbach, Mühldorf, Webling, Mitterndorf, Deutenhausen, Ampermoching, Glonnbercha, Rumeltshausen, Lauterbach) und S. 77–81 »An der Amper bei Fürstenfeldbruck« (Fürstenfeld und Bruck, Holzkirchen, Mauern, Diepoltshofen, Hoflach, Jesenwang/St. Willibald, Roggenstein). Dazu kommen S. 46–52 die »Spätgotischen Kleinodien am westlichen Stadtrand« Münchens (Pipping, Blutenburg, Untermenzing). Daraus ist unschwer zu ersehen, daß die »Bestandsaufnahme« nicht vollständig ist, sondern eine Auswahl bietet, über die sich natürlich zuweilen streiten ließe. So hätte z. B. St. Quirin in Aubing schon allein aus historischen Gründen erwähnt werden müssen (was etwa auch für Andechs oder Aufkirchen am Starnberger See gilt).
Der Hauptwert dieses Bandes liegt auf den Bildern (von Thomas Klinger), die viele unpublizierte Werke der Spät-